

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Stephan Kimmerle, Seattle
26.10.2019

Tumult im US-Kongress

Republikaner stören Sitzung zu »Impeachment«-Verfahren. Ukraine-Botschafter erhärtet zuvor Verdacht gegen Trump



Patrick Semansky/AP/dpa

Republikanische Politiker vor der Presse, nachdem sie am Mittwoch eine Sitzung im Repräsentantenhaus gestürmt hatten

Am Mittwoch (Ortszeit) haben gut zwei Dutzend Abgeordnete der Republikanischen Partei eine Ausschusssitzung des US-Repräsentantenhauses zum drohenden Amtsenthebungsverfahren gegen US-Präsident Donald Trump gestürmt. Die Störer vom »Freedom Caucus«, einer Vereinigung Ultrakonservativer innerhalb der Republikanischen Fraktion, weigerten sich zunächst, den Saal zu verlassen und bestellten statt dessen Pizza. Erst mit fünf Stunden Verspätung konnte die geheime Sitzung mit der Befragung der für die Ukraine zuständigen Pentagon-Vertreterin Laura Cooper beginnen.

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Zugelassen zu dem Treffen waren nur die Ausschussmitglieder beider Parteien, nicht jedoch die konservativen Radaumacher. Zwar war offiziell der Ausschluss der Öffentlichkeit Anlass des Protests. Mit ihrer Aktion folgten die Republikaner jedoch in erster Linie dem Aufruf ihres Präsidenten. Am Montag hatte Trump vor Pressevertretern im Weißen Haus gefordert: »Die Republikaner müssen härter werden und kämpfen«, denn die Demokraten seien zwar »miserable Politiker«, aber zumindest »brutal und halten zusammen.«

Die Ausschusssitzung war Teil des derzeit von den Demokraten im Repräsentantenhaus geprüften Amtsenthebungsverfahrens gegen Trump. Sie gehen der Frage nach, ob der Staatschef seine präsidentiale Macht missbraucht hat, um seinem möglichen Herausforderer bei der Präsidentschaftswahl 2020, dem Demokraten Joseph »Joe« Biden, schaden zu können.

Genau diesen Verdacht hatte am Dienstag der von der Trump-Administration eingesetzte amtierende US-Botschafter in der Ukraine, William Taylor, bekräftigt. Vor dem Untersuchungsausschuss berichtete er, ihm sei mitgeteilt worden, der damals frisch gewählte Präsident der Ukraine, Wolodimir Selenskij, müsse zunächst in einer öffentlichen Erklärung ein Untersuchungsverfahren gegen die Firma ankündigen, in deren Diensten Joe Bidens Sohn zwischen 2014 und April 2019 stand. Erst dann könne es zur Auszahlung der vom US-Kongress beschlossenen Militärhilfe von 391 Millionen Dollar und zu einem Treffen von Selenskij mit Trump kommen.

Trump wirft Joe Biden und seinem Sohn Hunter Korruption vor. Hunter Biden war tatsächlich in der Ukraine ohne ersichtliche Qualifikation von der im Gasgeschäft tätigen Holding Burisma beschäftigt und dafür reichlich entlohnt worden. Bis 2016 war sein Vater US-Vizepräsident unter Barack Obama und aktiv an der US-Politik gegenüber der Ukraine beteiligt. Ein weiterer Vorwurf Trumps ist, die Ukraine sei in Manipulationen der US-Präsidentschaftswahl 2016 verwickelt gewesen. Diese Behauptung dient dazu, die breit diskutierte russische Einmischung zugunsten von Trump bei besagten Wahlen zu relativieren.

Es wird erwartet, dass die Demokraten noch in diesem Jahr ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus dazu nutzen werden, ein »Impeachment« zu beschließen. Eine tatsächliche Amtsenthebung müsste danach von einer Zweidrittelmehrheit im Senat

beschlossen werden. Dort stellen die Republikaner jedoch die Mehrheit – 53 von 100 Senatoren.

Bislang kann Trump auf die Unterstützung durch seine Partei zählen. Aber die prominentesten republikanischen Anhänger der »Impeachment«-Untersuchung sind drei amtierende Gouverneure. Viele Republikaner äußern sich zwar besorgt über die Vorgänge in der Ukraine, sehen jedoch bislang keinen Grund, Trump dafür fallenzulassen.

Das könnte sich jedoch ändern, sollte der Präsident zu sehr gegen die Vorstellungen führender Republikaner vom US-Imperialismus verstoßen. In den vergangenen Wochen stieg der Unmut über ihn merklich an. So finden nicht Demokraten das Zurückhalten von Militärhilfe an die Ukraine für persönliche, politische Zwecke problematisch. Republikaner haben immer wieder besonders scharf darauf gedrängt, aus geostrategischen Überlegungen heraus die Ukraine gegen Russland zu unterstützen, weshalb sie die Vergabe der Militärhilfe an die Ukraine deutlich und überparteilich befürworteten. Auch Trumps jüngster Syrien-Kurs wird von Vertretern beider Parteien scharf kritisiert. Selbst enge Verbündete wie Senator Lindsey Graham nennen den Truppenabzug eine »Katastrophe«, »unehrenhaft« und einen »Flecken auf der Ehre der Vereinigten Staaten«.

25.10.2019